

LINKS TG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
175 · Ausgabe TG · Mai 2018

SP



Alle für Lohngleichheit?

Nina Schläfli



Der Grundsatz «gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» steht seit 1981 in unserer Verfassung (BV Art. 8 Abs. 3). Seither werden der Verfassungsartikel und das Bundesgesetz über die Gleichstellung nur ungenügend umgesetzt oder schlichtweg ignoriert. Das hat weitreichende Konsequenzen: Frauen und ihre Familien werden aus nicht erkläraren Gründen durchschnittlich um mehr als 7 % ihres Lohnes geprellt.

Um die Lohnungleichheit endlich und zumindest bei der öffentlichen Hand zu beseitigen, hat der Bund 2016 die «Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor» lanciert. Die Charta enthält mehrere wichtige Forderungen und Aufgaben. Die wichtigste ist, dass die Unterzeichnenden in ihren Verwaltungen entschlossen gegen die Lohndiskriminierung vorgehen und den Verfassungsgrundsatz umsetzen. Die Zwischenbilanz im Herbst 2017 war aus Ostschweizer Sicht unerfreulich: Neben dem Bund unterschrieben lediglich zwölf Kantone und 23 Gemeinden.

Darunter waren weder der Kanton Thurgau noch eine einzige Thurgauer Gemeinde.

Mit einer einfachen Anfrage erkundigten wir uns beim Regierungsrat über die Lohnungleichheit in der Thurgauer Verwaltung und wollten wissen, warum bisher auf eine Unterzeichnung der Charta verzichtet wurde. Die Antwort war ernüchternd: Der Regierungsrat bezeichnete die Situation im Kanton als vorbildlich, weil die Lohnungleichheit unterdurchschnittlich tief sei (sie beträgt «nur» max. 3,9 %). Auf eine Unterzeichnung der Charta sei unter anderem deswegen verzichtet worden. Mit keinem Wort wurde erwähnt, dass die weiblichen Angestellten so weiterhin um Abertausende Franken geprellt werden, und Ausführungen dazu, wie die Regierung gedenkt, einen Ausweg aus der weiterhin vorhandenen Lohnungleichheit zu finden, scheinen dieser ebenfalls unnötig.

Der mangelnde Handlungswille und die fehlende Einsicht verlangten nach weiteren und verbindlicheren Massnahmen. Relativ spontan schlossen wir uns deswegen der Aktion «Lohngleichheit jetzt!» an, welche von der SP Frauen* schweizweit anlässlich des internationalen Frauentags vom 8. März organisiert wurde. SP-VertreterInnen der vier Gemeindeparlamente Arbon, Frauenfeld, Kreuzlingen und Weinfelden sowie aus der Parteileitung und Kantonsratsfraktion führten gemeinsam eine Pressekonferenz durch, an der die geplanten Vorstösse zum Thema

Lohngleichheit vorgestellt wurden. Vier von fünf Vorstössen wurden in der Zwischenzeit eingereicht, warten aber noch auf die offizielle Beantwortung durch die Exekutive oder eine Behandlung im Parlament.

Zusätzlich versandten wir einen offenen Brief an die Exekutiven der 76 Thurgauer Gemeinden ohne Parlament. Im Namen der SP Thurgau forderten wir sie zur Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes und zur Unterzeichnung der Charta der Lohngleichheit auf. Diese Briefe blieben nicht lange unbeantwortet: Keine zwei Wochen später unterzeichnete Salmsach als erste Thurgauer Gemeinde die Charta. Sechs weitere kündigten bisher die Unterzeichnung an oder beschlossen zumindest Massnahmen, um die Lohnungleichheit in ihrer Verwaltung anzugehen.

Wir sind zuversichtlich, dass noch einige Thurgauer Gemeinden folgen und als rote Punkte auf der Karte des Schweizerischen Gleichstellungsbüros aufleuchten werden. Die grösste Knacknuss bleibt weiterhin der Kanton als grösste öffentliche Arbeitgeberin. Und dann wäre da ja auch noch die Privatwirtschaft, wo der Lohnbetrug an den Frauen ausgeprägter ist und weiterhin nur auf freiwillige Massnahmen gesetzt wird. Die Gewerkschaften fordern deswegen am 1. Mai: «Lohngleichheit. Punkt. Schluss!» Dieser Forderung kann man sich nur anschliessen. Bis die Lohngleichheit erreicht ist, werden wir keine Ruhe mehr geben. Punkt. Schluss!

Wie man ein politisches Erdbeben lostritt

ERFOLGSFAKTOREN DES WINTERTHURER WAHLSIEGES VOM 4. MÄRZ 2018



Julian Fitze,
politischer Sekretär
SP Thurgau

Am 4. März durfte die SP Winterthur bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen einen historischen Sieg feiern. Im Grossen Gemeinderat konnte die SP ihre Vertretung um ganze drei Sitze von 15 auf 18 von insgesamt 60 Sitzen ausbauen. Von 24 % bei den Wahlen von 2014 auf 30 % Wähleranteil: Der erste Sitz- und Wählerprozent-Gewinn für die SP seit vielen Jahren ist markant ausgefallen. Zusätzlich wurden die beiden bisherigen SP-StadträtInnen Yvonne Beutler und Nicolas Galladé mit Glanzresultaten wiedergewählt. Als wäre das nicht schon genug Umbruch in der Winterthurer Politlandschaft, überholte Christa Meier als neukandidierende Stadträtin auch noch den bisherigen SVP-Stadtrat Josef Lisibach, der zwar das absolute Mehr erreichte, aber als überzählig ausschied. Mit einem solchen Ergebnis hat niemand – oder nur die optimistischsten Genossinnen und Genossen – gerechnet ... und ich war mittendrin!

Als «Campaigner» für die Basiskampagne war ich während acht Monaten dafür zuständig, die Mobilisierung unserer zahlreichen Mitglieder und SympathisantInnen sowie der Wählerinnen und Wähler zu organisieren. Gleich zu Beginn der Kampagne wurde das ambitionierte Ziel von 3000 Telefongesprächen mit Wählerinnen und Wählern innerhalb der letzten fünf Wochen vor dem Wahlsonntag gesteckt, was knapp 5 % der Winterthurer Stimmberechtigten oder etwa 10 % der an der Wahl teilnehmenden Personen entspricht. Dieses Ziel wurde am Schluss mit etwas über 3500 Telefongesprächen sogar noch übertroffen. Erreicht hat die Kampagne noch viel mehr. Im Folgenden möchte ich die Erfolgsfaktoren für das Lostreten eines politischen Erdbebens aus meiner persönlichen Sicht darlegen. Die Aufzählung ist natürlich nicht abschliessend, sondern ein subjektiver Eindruck, der euch Leserinnen und Lesern vielleicht zur Inspiration für die kommenden Wahlkämpfe dienen kann. Mein grosser Dank für meine Zeit bei der SP Winterthur gilt der Sekretärin

Eveline Kunz, dem Co-Präsidium mit Mattea Meyer und Christoph Baumann sowie meiner Ansprechperson bei der SP Schweiz, Samira Marti.

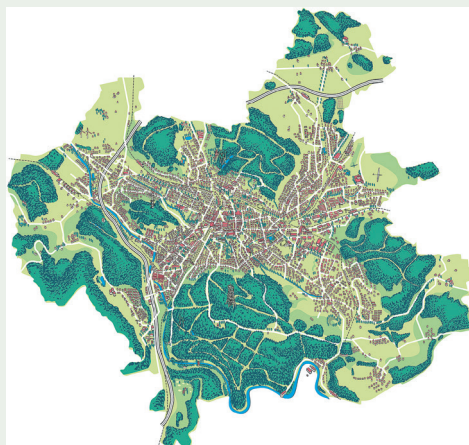
Bei Fragen zum Wahlkampf oder Möglichkeiten, einzelne Elemente daraus im Thurgau umzusetzen, stehe ich euch wie immer gerne zur Verfügung: julian.fitze@sp-tg.ch

1. Zielsetzung

Die SP Winterthur mit dem damaligen Co-Präsidium Mattea Meyer und Christoph Baumann hat gleich zu Beginn meines Engagements das Ziel formuliert, nach der Wahl wieder eine rot-grüne Mehrheit im Stadtrat sowie eine Mitte-Links-Mehrheit im Grossen Gemeinderat zu erreichen. Die SP wolle diese Stadt endlich wieder gestalten und von den teilweise absurden Sparmassnahmen der bürgerlichen Mehrheit wegkommen. Dieses grosse, aber durchaus realistische Ziel hat nicht nur mich, sondern die ganze Partei von Anfang an bis in die Zehenspitzen motiviert. Für alle war klar: Jetzt gilt es ernst!

2. Schwerpunkt der Wahlkampfführung

Mit meiner 60 %-Anstellung als Campaigner hatte die SP Winterthur bereits einen grossen Teil ihres Wahlkampfbudgets gebunden, bevor die heisse Phase des Wahlkampfes überhaupt losging. Durch die Investition in einen Campaigner, dessen Jobbeschreibung fast ausschliesslich aus der Motivierung von unseren zahlreichen Freiwilligen und Kandidierenden besteht, musste das Plakat- und Inseratebudget gegenüber früheren Wahl-



Sujet des Wahlkampf war dieser extra dafür angefertigte Stadtplan unter dem Wahlmotto «Wir haben einen Plan».

kämpfen drastisch gekürzt werden. Die SP investierte also in Menschen statt in unpersonliche Werbeflächen. So konnte ich mir die Zeit nehmen, die notwendig war, um alle 62 Kandidierenden persönlich kennenzulernen und ihre persönliche Motivation sowie ihre Kapazitäten zu erfragen. Das führte dazu, dass die meisten der Kandidierenden ein- oder mehrmals an einer der zwölf Telefonaktionen in der heissen Phase teilgenommen haben. Wer nicht telefonierte, mobilisierte sein Umfeld auf einem anderen Weg.

3. Verbindlichkeiten schaffen

Die Kandidierenden unterzeichneten vor ihrer Nomination alle eine Wahlvereinbarung, die eine Klausel enthielt, welche den oder die Kandidierende verpflichtete, im Wahlkampf 30 Bekannte ausserhalb der SP anzusprechen und zum Wählen zu motivieren. Diese Richtgrösse sowie die frühe Anmeldung zu einem Telefontermin sorgten dafür, dass sich alle dem Wahlkampf verpflichtet fühlten. Wer auf keinen Fall ein Telefongespräch mit einer fremden Person führen wollte, fand einen anderen Weg, sein persönliches Umfeld anzusprechen.

Neben den Kandidierenden lag mein Schwerpunkt auf der Mobilisierung unserer eigenen Mitglieder und SympathisantInnen zu den Telefonaktionen. Bereits vier Monate vor der Wahl haben wir an kleineren Telefonaktionen mit 85 % aller Mitglieder und SympathisantInnen über den Wahlkampf gesprochen und sie angefragt, ob sie uns aktiv unterstützen möchten. Hunderte folgten dem persönlichen Aufruf und halfen bei den Telefonaktionen, Standaktionen, beim Postkartenschreiben, Plakataufhängen oder auch einfach mit einer Spende zugunsten des Wahlkampfes.

4. Migrantenorganisationen

Einen grossen Anteil am Erfolg hatten die Migrantenorganisationen, insbesondere die in Winterthur starke kurdische Community. Mit unermüdlichem Einsatz sorgten Kandidierende und AktivistInnen dafür, dass die bei vielen Migranten unbenutzten Wahlzettel diesmal aus dem Altpapier gekramt und ausgefüllt wurden. Dabei stand weniger die Parteierwerbung, sondern das persönliche Stimm- und Wahlrecht im Mittelpunkt, welches bereits zu oft nicht wahrgenommen wurde. Höhepunkt war am Wahlsonntag schliesslich die erfolgreiche Wahl von Elif Kaylan sowie Deniz Cetin in den Gemeinderat. Andere schafften die Wahl diesmal nicht, doch ein Grundstein für eine erfolgreiche und begeisternde Zusammenarbeit wurde gelegt.

5. Motivation

Nicht nur die frühe, klare Ansage, dass die Mehrheitsverhältnisse geändert werden sol-

NACHRUF

Max Zuberbühler-Ledergerber

Geboren wurde Max Zuberbühler am 11. November 1924 als jüngstes von insgesamt acht Kindern. Er ist in Hemmerswil bei Amriswil und in Siebenhausen bei Muolen aufgewachsen, wo er auch seine Schulzeit verbrachte. Sein Primarlehrer musste die Eltern überzeugen, den aufgeweckten Jungen in die Sekundarschule zu schicken. Damals mussten Hefte und anderes Material selber gekauft werden und das Geld in der Familie war sehr knapp. Um Geld zu verdienen, arbeitete Max nach der Sekundarschule zwei Jahre in einer Kartonfabrik. Anschliessend konnte er dann in Romanshorn die Lehre als Möbelschreiner absolvieren. Bei jeder Witterung legte er mit dem Velo täglich den 20 km langen Weg Muolen–Romanshorn und retour zurück.

1947 heirateten er und Berti Ledergerber. Aus dieser Ehe stammen die drei Kinder; Rosmarie, Max jun. und Esther. Später kamen sechs Enkelkinder und sieben Urenkel dazu.

Während neun Jahren übte er seinen erlernten Beruf als Möbelschreiner in Amriswil aus und wurde in dieser Zeit auch politisch aktiv: Eintritt in die Gewerkschaft und Mitglied bei der SP. 1954 zog er mit seiner jungen Familie nach Biel, wo er während fünf Jahren für die Gewerkschaft Bau & Holz tätig war. 1959 übersiedelte die Familie wieder zurück in den Thurgau nach Frauenfeld, wo er die Stelle als Thurgauer Arbeitersekretär antrat. Ab 1965 bis zu seiner Pensionierung 1988 arbeitete er in Zürich bei der damaligen Gewerkschaft Bau & Holz, der heutigen UNIA. Vom Ressortleiter Rechtsschutz arbeitete er sich bis zum Präsidenten der Gewerkschaft Bau & Holz (ab 1978) hoch. In den Sechzigerjahren war er auch in Frauenfeld politisch aktiv: im Gemeinderat von Frau-



Peter Mosimann, Bern © Copyright Unia

Max Zuberbühler, 2013.

enfeld, im Kantonsrat des Kantons Thurgau, am Bezirksgericht in Frauenfeld und als Parteipräsident der SP. Ein wichtiges politisches Anliegen war ihm der soziale Wohnungsbau. Dank seiner Initiative entstanden so an der Eibenstrasse drei genossenschaftlich organisierte Wohnblocks mit 89 Wohnungen.

Trotz seiner zeitintensiven beruflichen und politischen Laufbahn fand er auch Zeit sich sportlich zu engagieren. Mit 14 Jahren trat er dem Turnverein Satus in Amriswil bei und blieb dem Satus während 80 Jahren treu. Er war ein begeisterter OL-Läufer, bekannter Militärradfahrer, leidenschaftlicher Faustballspieler sowie Organisator von ostschwei-

zerischen Turnfesten und Leichtathletik-Meisterschaften.

Auch nach seiner Pensionierung setzte er sich nicht zur Ruhe und war noch in verschiedenen Bereichen aktiv. Noch 80-jährig half Max beim Plakatieren mit. Max wäre nicht Max, wenn er sich dabei nicht auch kritisch zur Gestaltung der Plakate geäussert hätte – und meistens hatte er recht. Neben handfester Arbeit unterstützte er die SP auch finanziell, sei es durch grosszügige Solidaritätsbeiträge oder Unterstützung von Kampagnen verschiedenster Art.

Nach dem Tod seiner Ehefrau Berti lebte er weiterhin an der Eibenstrasse. Dank der Unterstützung von Verwandtschaft und vielen Helfern ging sein Wunsch in Erfüllung, bis zum Lebensende in seiner Wohnung bleiben zu können.

Die glaubensmässigen Überzeugungen von Max und Herrn Pfarrer Kienast liegen weit auseinander. Trotzdem gelang es dem Pfarrer, die Abdankung in einer Art zu gestalten, die sowohl Max als auch der Trauerfamilie, der Trauergemeinde und seiner christlichen Botschaft gerecht wurde. Mit dem Bibelwort «Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan» hat er Max, der sich tatkräftig für den schwächeren Teil der Gesellschaft einsetzte, gut erfasst. Bei der Urnenbeisetzung spielte Pfarrer Kienast auf der Trompete das Lied «Von guten Mächten». Auch dieses Gedicht von Bonhoeffer, der sich am Widerstand gegen das Naziregime beteiligte, passte gut zur Haltung des Verstorbenen. Lieber Max, ruhe in Frieden!

Von Alex Hess mit Auszügen aus dem von der Trauerfamilie erstellten Lebenslauf.

len, sorgte für eine unglaublich motivierte und motivierende Stimmung, sondern auch das Zusammengehörigkeitsgefühl und an den grossen Telefonaktionen das Gefühl, dass alle an einem Strang ziehen. Bis zu 50 Mitglieder, SympathisantInnen und FreundInnen von Kandidierenden drängten sich an drei Samstagen in einen grossen Saal, um möglichst viele Wählerinnen und Wähler an die Wahlen zu erinnern und bei Unentschlossenheit eine persönliche Empfehlung für ein solidarisches und ökologisches Winterthur abzugeben.

Ich beobachtete gestandene Politikerinnen und Politiker mit Tränen der Rührung im Augenwinkel, als sie den Saal betraten oder sich mittendrin sitzend zwischen zwei Te-

lefonaten einmal umschaute. Motivierend wirkten entgegen den Erwartungen auch die meisten Telefongespräche. Die Angerufenen waren zum grössten Teil freundlich und interessiert oder hatten zum Zeitpunkt des Anrufs bereits längst die SP Liste 1 eingeworfen.

6. Die politische Grosswetterlage

Natürlich komme auch ich in dieser Aufzählung nicht drum herum, die äusseren, unbeeinflussbaren Faktoren zu erwähnen. Doch für so einen Wahlsieg muss eben auch wirklich alles stimmen. So sorgten die grenzwertig bescheuerte «No-Billag-Initiative» und deren Unterstützung durch die «Volkspartei», welche in Winterthur übrigens fast gänzlich auf einen Wahlkampf verzichtete

und prompt vier Sitze im Gemeinderat sowie ihren Stadtratssitz verlor, zu einer zusätzlichen Mobilisierung auf der linken Seite des Wählerspektrums sowie einer Demobilisierung der rechten Wählerschaft. Mit grosser Wahrscheinlichkeit dürfte die linke Mobilisierung auch mit der immer hässlicheren Fratze des Rechtspopulismus von Trump über Orban bis zu Erdogan und Co. zusammenhängen. Denn so langsam scheinen immer mehr Menschen zu realisieren, dass eine pluralistische Demokratie nur funktioniert, wenn die grosse Mehrheit der nicht menschenfeindlich Eingestellten ihr Schweigen bricht und ihre Rechte wahrnimmt. Das zeigen auch die jüngsten Erfolge in der Zürcher Agglomeration, im Kanton Bern und in Genf.

Grossratsgeflüster vom 18. April 2018

... ODER ABER WENN ES IM GROSSEN RAT ZU LAUT IST, WEIL DAS GESCHWÄTZ MIT DEM GEGENÜBER ÜBERHANDNIMMT

Edith Wohlfender-Oertig, Kantonsrätin Kreuzlingen



Die Interpellation von Hanspeter Heeb «Finanzielle Auswirkung der verschärften Praxis der IV» ist ein ureigen sozialdemokratisches Thema. Der Interpellant wollte wissen, wie hoch die Kostenverlagerung von der Invaliditätsversicherung in die Sozialhilfe ist.

Mit der fünften IV-Revision wollte man durch «Integration in die Arbeitswelt vor einer IV-Berentung» die Kosten in der Invalidenversicherung senken. Nachdem jahrelang systematisch Sozialhilfebezüger oder Langzeitarbeitslose in die IV abgeschoben wurden. Heute aber ist die Hürde für eine Neuberechnung hoch, und Menschen, die aus

unterschiedlichen Gründen aus dem Netz der Arbeitswelt fallen, landen vermehrt in der Sozialhilfe.

Das Bestreben «Arbeit vor Rente» würde durchaus Sinn machen. Es gibt einige Gründe, wieso diese geplante Praxis nicht wirklich in die Gänge kommt. Wohl wird heute das Casemanagement bei Langzeitkranken früh eingesetzt, um den Arbeitsplatz zu erhalten. Dem steht der Kostendruck in Institutionen und Betrieben gegenüber, sodass kranke Mitarbeitende ersetzt werden. Ebenso stehen nur wenige Stellen für Menschen mit Beeinträchtigungen in Verwaltung, Institutionen und Wirtschaftsunternehmen bereit. Im Rat wurde der Appell deutlich: «Der Arbeitsmarkt ist entscheidend!» für eine gelingende Umsetzung der 5. IV-Revision. So ruft der zuständige Regierungsrat auf, hinzuschauen und mitzuwirken, damit ein Netz gefunden werden könne. Ein Fazit aus Erfahrung und Debatte ist: Was bei der IV gespart wird, bleibt letztendlich in den Sozialhilfeausgaben in den Gemeinden hängen.

Ein laues, aber lang anhaltendes Lüftchen war die Diskussion über den Mindestabstand für Windkraftanlagen gegenüber Bauten. Die Diskussion uferete in eine Grundsatzdebatte in Energiefragen aus. So meinte ein Redner, dass die Wärmeenergie aus dem Bodensee sinnvoller sei, denn damit könnte man zwei AKWs ersetzen.

Innovationen begegnete man in der Vergangenheit mit grosser Skepsis. So wurde beispielsweise die erste motorisierte Kutsche als Teufelswerk betitelt. Dass Windkraftäder für unsere liebliche Hügellandschaft wohl ungewohnt sind, ist nicht von der Hand zu weisen. Wie gehen wir aber demgegenüber mit den vielen Industriebauten auf unseren grünen Wiesen um? Oder aber dem geplanten Grossprojekt BTS/OLS? Uns ist allen bewusst, dass wir Neuerungen in der Energieversorgung offen gegenüberstehen müssen, damit wir den Atomausstieg schaffen können. Lärmbelastung durch Windräder oder ohrenbetäubendes Grossratsgeflüster hin oder her.

Parteitags-Bulletin



Julian Fitze, politischer Sekretär SP Thurgau

Am 21. April führten wir zum ersten Mal wieder einen ordentlichen Parteitag an einem Samstag durch. Trotz dem ersten richtig sommerlichen Wochenende fanden über vierzig Genossinnen und Genossen aus fast allen Sektionen ihren Weg in den Thurgauerhof in Weinfelden.

Die Jahresrechnung schloss ausserordentlich gut ab, auf Empfehlung der beiden Revisoren Sven Frauenfelder und Franco Bucca nahm sie der Parteitag ab. Ein Antrag der

Geschäftsleitung auf Erhöhung der Präsidiumsentschädigung von 6000 auf 10000 Franken jährlich wurde ebenfalls gutgeheissen. Beat Schenk, Präsident der JUSO Thurgau, wurde als JUSO-Vertreter in die Geschäftsleitung gewählt, nachdem Andrin Theus letztes Jahr zurückgetreten ist. Kantonsrätin Marina Bruggmann übernimmt von ihrer Sektionskollegin Idda Maier das Amt als Delegierte an den Versammlungen der SP.

Ein erster Höhepunkt war die Rede der neuen Co-Generalsekretärin Rebekka Wyler, welche den Saal auf die anstehenden Wahljahre einstimmte. Ein besonderes Augenmerk werde sie auf sozialdemokratische Rezepte für Landregionen legen, da dort nicht dieselben Methoden angewendet werden können wie in der Stadt.

Am Nachmittag fanden die lebhaften Diskussionen rund um die Abstimmung vom

10. Juni statt. Analystin Linda Hess und Initiator Bruno Martin debattierten über die Vollgeld-Initiative, welche in den Reihen der SP vehemente Befürworter wie Gegnerinnen kennt. Die Genossinnen und Genossen folgten schliesslich Hess und beschlossen die Nein-Parole. Das Geldspielgesetz wurde von alt-Regierungsrat Bernhard Koch vertreten. Er legte auf unterhaltsame Weise dar, weshalb es mehr Schutz für die einheimischen Glücksspielanbieter brauche. Nicht minder humorvoll vertrat Bernie Höneisen von der Schweizerischen Internet Society die Haltung, dass mit den geplanten Netzsperrungen ein gefährlicher Dammbreach drohe und dass diese nichts nützen würden. Der Parteitag folgte Koch und der SP Schweiz und fasste die Ja-Parole.